

Der Gläubigerausschuß

Eine Untersuchung
zum Selbstverwaltungsrecht
der Gläubiger im Konkurs

Von Dr. Ekkehard Hegmanns, Bonn

Mit einem Vorwort von
Vors. Richter am BGH
Franz Merz, Karlsruhe

B 44688

Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt



Verlag Kommunikationsforum · Köln

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

A. Skizze der Formen der Konkursabwicklung	1
B. Gang der Untersuchung	3

Erster Teil

Entfaltung des Selbstverwaltungsgedankens

A. Ansichten zur Gläubigerbeteiligung an der Konkursabwicklung	4
B. Unterschiede in der Gläubigerbeteiligung zwischen Einzelzwangsvollstreckung und Konkurs und mögliche Gründe (Rechtfertigung) dieser Unterschiede	9
I. Gläubigereinfluß in Einzelzwangsvollstreckung und Konkurs	9
1. Bestandsaufnahme	9
a) Einzelrechte der Gläubiger	10
b) Rechte der Gläubigerversammlung	11
c) Rechte des Gläubigerausschusses	12
d) Rechte der Gläubigerausschußmitglieder	13
2. Schlußfolgerung	13
3. Zwischenergebnis	15
II. Rechtfertigung des unterschiedlich starken Gläubigereinflusses in Einzelzwangsvollstreckung und Konkurs	16
1. Gründe für den geringen Grad des Gläubigereinflusses in der Einzelzwangsvollstreckung	16
a) Erweiterung des Gläubigereinflusses durch materielle Anreize für das Vollstreckungsorgan	18
b) Direkte Weisungs- und Steuerungsmöglichkeiten des vollstreckenden Gläubigers gegenüber dem Vollstreckungsorgan	19
c) Zwischenergebnis und Ausblick	21
2. Gründe für den weitergehenden Gläubigereinfluß auf die Konkursabwicklung	23
a) Regelung der Konkursituation durch den Staat	23
b) Analyse der Beteiligteninteressen	24
(1) Interesse der Konkursgläubiger, die Abwicklung zu steuern	24
(2) Interesse des Gemeinschuldners	27
(3) Interesse der mittelbar Geschädigten	27
3. Zwischenergebnis	30

C. Festigkeit der Gläubigermithilfe bei der Konkursabwicklung gegen einen Änderungswillen des Gesetzgebers	31
I. Änderungssperren aus Konkurs-, Vollstreckungs- und Rechtsschutzanspruch	31
II. Änderungshindernisse des Grundgesetzes	32
1. Der Anspruch auf rechtliches Gehör, Art. 103 Abs. 1 GG	32
2. Das Eigentumsrecht, Art. 14 GG	33
a) Der Eigentumsbegriff des Grundgesetzes	33
b) Verfassungswidrige Beeinträchtigung der konkursbefangenen Forderung und Eigentumsschutz durch Verfahren	36
(1) Die allgemeine Entwicklungslinie des Eigentumsschutzes durch Verfahren	36
(2) Speziell: Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zur verfahrensmäßigen Auswirkung des Eigentumsschutzes im Zivilrecht	38
3. Das Subsidiaritätsprinzip	39
a) Begriff	40
b) Geltung des Subsidiaritätsprinzips	40
4. Allgemeine materielle Anforderungen an freiheitsbeschränkende Gesetze	42
5. Zusätzliche rechtspolitische Erwägungen	43
6. Ergebnis der verfassungsrechtlichen Prüfung	46

Zweiter Teil

Konkrete Untersuchung am Beispiel des Gläubigerausschusses

A. Stand der Untersuchung	47
B. Kompetenzen und Funktion des Gläubigerausschusses	47
C. Rechtstatsachen zum Gläubigerausschuß	50
D. Verhältnis des Gläubigerausschusses zu den Konkursbeteiligten (Außenbeziehung)	51
I. Verhältnis des Gläubigerausschusses zur Gläubigerversammlung	51
1. Ersetzung des Gläubigerausschußvotums durch Gläubigerversammlungsbeschlüsse	51
a) Kein allgemeiner Rechtsgrundsatz: das machtgebende Basisorgan darf das Repräsentativorgan nur indirekt steuern	52

b)	Begründung der Ersetzungscompetenz aus der Konkursordnung	54
(1)	Abwägung der Argumente	55
(2)	Auslegung der Competenz der Gläubigerversammlung nach § 135 Abs. 2 KO	59
(3)	Begründung der Ersetzungscompetenz	61
(4)	Praktische Konsequenzen	62
2.	Ersetzen des Votums der Gläubigerversammlung durch den Gläubigerausschuß	63
3.	Gläubigerbeirat statt Gläubigerausschuß	64
4.	Ergebnis	65
II.	Verhältnis des Gläubigerausschusses zum Konkursverwalter	65
1.	Gläubigerausschuß als Hilfsorgan des Konkursverwalters	65
2.	Einfluß des Gläubigerausschusses auf den Konkursverwalter	67
a)	Bindung des Konkursverwalters an die vom Gläubigerausschuß erteilte Zustimmung	67
(1)	Die Meinungen	68
(2)	Eigene Ansicht	69
(3)	Ergebnis	71
b)	Befreiung von der Konkursverwalterhaftung	71
c)	Anspruch der Gläubigergremien auf Unterbindung ungenehmigten Verhaltens des Konkursverwalters durch gerichtliche Untersagungsverfügung	74
(1)	Zwangsmaßnahmen des Konkursgerichts	74
(2)	Voraussetzungen für Zwangsmaßnahmen	76
(3)	Überwachungspflicht der Gerichte und Anspruch der Gläubigergremien auf gerichtliche Erzwingung	77
(4)	Fazit	79
(5)	Eigenes Beschwerderecht des Gläubigerausschusses bei Ablehnung des Entlassungsantrages, § 84 KO	79
III.	Verhältnis des Gläubigerausschusses zu den Konkursgläubigern	85
IV.	Verhältnis des Gläubigerausschusses zum Konkursgericht am Beispiel des Vetorechtes des Konkursgerichtes nach § 99 KO gegen Gläubigerversammlungsbeschlüsse	90
1.	„Gemeinsames Interesse“	93
2.	Keine Kontrolle von Zweckmäßigkeitentscheidungen	95
3.	Kontrolldichte bei rechtswidrigen Gläubigerversammlungsbeschlüssen	96
4.	Durch § 99 KO geschützte Minderheitsrechte	98
5.	Fazit	98

E. Spannungsfeld zwischen Kontrollaufgabe des Gläubigerausschusses und Einzelinteresse der Gläubigerausschußmitglieder	99
I. Die Interessenkollision	99
II. Rechtliche Grundlagen	100
III. Das Instrumentarium zur Problembewältigung	101
1. Prävention	101
2. Repression	102
IV. Handhabung der Informationspolitik durch den Konkursverwalter und Grenzen der Informationsverwertung durch die Gläubigerausschußmitglieder	102
1. Kein völliger Ausschluß des Gläubigerausschusses von der Mitwirkung	102
2. Grenze der privaten Informationsverwertung durch Gläubigerausschußmitglieder	104
3. Zwischenergebnis	106
V. Sonderproblem: Beauftragter eines Gläubigers im Gläubigerausschuß	106
VI. Einfluß von Interessenkollisionen auf Rechte und Pflichten von Gläubigerausschußmitgliedern	109
1. Einsetzung des Gläubigerausschusses	109
2. Unwählbarkeit (Ineligibilität)	110
a) Unstreitige Fälle	110
b) Juristische Personen als Gläubigerausschußmitglieder	110
3. Inkompatibilität	115
a) Allgemeine Fallgruppen	115
b) Überkreuzbesetzung	115
4. Besorgnis der Befangenheit	118
a) Das Vorliegen von Befangenheit	118
b) Konsequenzen der Besorgnis der Befangenheit von Gläubigerausschußmitgliedern	121
c) Vorgehensweise bei Beschlußunfähigkeit des Gläubigerausschusses wegen Befangenheit von Mitgliedern	123
d) Rechtsfolge der Mitwirkung eines befangenen Gläubigerausschußmitgliedes am Zustandekommen eines Gläubigerausschußbeschlusses	127

VII. Das repressive Instrumentarium	130
1. Widerruf der Bestellung	131
2. Strafnormen	132
a) Strafbarkeit nach §§ 203 f StGB	133
b) Im einzelnen: Strafbarkeit nach § 203 Abs. 1 StGB	133
(1) Tatbestandsmerkmal: Betriebs- oder Geschäfts- geheimnis	133
(2) Tatbestandsmerkmal: offenbaren	135
(3) Tatbestandsmerkmal: anvertraut	135
(4) Problem: Drittgeheimnis und Schweigepflicht	137
c) Strafbarkeit nach § 203 Abs. 2 Nr. 1 und 2 und § 204 StGB	138
d) Strafbarkeit nach § 353 b Abs. 1 StGB	139
e) Strafbarkeit nach § 266 Abs. 1 2. Alternative StGB	139
f) Strafbarkeit nach § 263 StGB	141
g) Zwischenergebnis	141
h) Strafbarkeitslücke	141
(1) Die strafrechtliche Regelung vergleichbarer Situationen	141
(2) Erforderlichkeit der Strafbarkeit	143
3. Schadensersatzansprüche gegen Gläubigerausschuß- mitglieder	144

Dritter Teil

Reform der Gläubigerselbstverwaltung	145
---	-----

Zusammenfassung der Ergebnisse	151
---------------------------------------	-----

I. Gläubigerselbstverwaltung allgemein	151
--	-----

II. Speziell: Gläubigerausschuß	152
---------------------------------	-----

Literatur- und Abkürzungsverzeichnis	155
--------------------------------------	-----